



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die preußische Politik in den Herzogthümern.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die preußische Politik in den Herzogthümern.

Wer im October des vorigen Jahres den Deutschen gesagt hätte: in wenigen Monaten wird die Herrschaft der Dänen über die Herzogthümer zu Ende sein, deutsche Truppen werden das Land bis zur Königsau besetzen, die Dänen werden durch wackere preußische Waffenthat zum Frieden gezwungen werden, die schleswig-holsteinischen Farben sollen lustig am Belt und auf den friesischen Inseln wehen, die brutalen Beamten werden verjagt, die deutsche Sprache in Kirche und Schule wieder eingesetzt, und eine Landesregierung, an welcher patriotische Männer Schleswig-Holsteins Theil haben, wird die Geschäfte des Landes leiten; ja noch mehr, die londoner Verträge werden zerrissen sein, England, Frankreich, Rußland werden die Thatfachen anerkennen, und der Friede Europas wird durch diese nationale Frage nicht gestört werden — wer das im October 1863 behauptet hätte, gegen den hätte der bescheidene Sinn des Deutschen mit dem Haupte geschüttelt, und wäre einem Propheten gelungen, vertrauende Gläubige zu finden, so wäre diesen solcher Erfolg als ein Glück erschienen, der höchsten Begeisterung werth und des innigsten Dankes gegen die Macht, welches die Geschicke unseres Vaterlandes lenkt. Und siehe, das alles ist geschehen, und die Freude darüber findet keinen Ausdruck. Selbst da in den Herzogthümern, wo man der Dänennoth ledig wurde, herrscht Unsicherheit und bange Erwartung. Dies alles ist geschehen durch die Tapferkeit der Preußen, und niemand äußert seine Dankbarkeit darüber. Wahrlich, wer einmal in der Zukunft die Geschichte dieser Jahre schreiben und die öffentliche Stimmung in der Tagespresse und den Versammlungen patriotischer Männer, oder in den Verhandlungen der Landeskammern suchen wird, der wird erschrecken vor der Zerkahrenheit und der tiefen Verstimmung, welche alles entzweit. Die große Angelegenheit, welche, da sie verzweifelt schien, durch einige Wochen fast alle Parteien vereinigte, den Egoismus der Cabinete zu Rücksichten zwang, dem Ausland eine widerwillige Anerkennung deutscher Berserkerwuth abnöthigte, sie hat jetzt, wo sie zu einem vorläufigen Abschluß gebracht ist, der in der Hauptsache das günstigste Ende erwarten läßt, nur verstört, entzweit, und wenn man dem Anschein trauen darf, gedemüthigt. Ueberall drängen sich locale Stimmungen und oft kleinliches Urtheil in den Vordergrund, zwischen Nord- und Süddeutschen, zwischen Preußen und Schwaben ist der Gegensatz größer geworden, als er seit vielen Jahren war. Auch in den liberalen Blättern läuft die Auffassung der Sachlage immer mehr auseinander, die unabhängige Presse Preußens, ohnedies ermattet und niedergedrückt durch Confiscationen und Berurtheilungen, steht im

Gegensatz zu der Auffassung vieler befreundeter Blätter in andern Theilen Deutschlands.

Das sind unheimliche Erscheinungen. Die Lebenden, denen in diesen Dreivierteljahren bald heißes, bald kaltes Wasser in wechselndem Sturzbad über das Haupt gegossen wurde, wissen wohl, was der letzte Grund des allgemeinen Haders und der Verstimmung ist. Auch hier bestätigt sich der triviale Satz, daß es in der Welt fast mehr darauf ankommt, wie etwas gethan wird, als daß es geschieht. Wir sehen niemand, der zufrieden ist, weder die Souveräne, noch ihre Minister, nicht die Conservativen und nicht die Liberalen, auch nicht das Volk der Herzogthümer. In der That, nur Einer könnte zufrieden sein, und das wäre ein Mann von ungewöhnlichem Gefüge des Geistes und Herzens, jemand, der eine Freude darin fände, die Deutschen unter einander zu entzweien, alles gegen die öffentliche Meinung zu thun und sie mit innigem Behagen ins Gesicht zu schlagen, jede Rücksicht, welche politische Geschäfte leicht macht, zu vernachlässigen, sich in frivolem Spiel ein Hinderniß nach dem andern aufzubauen und sich selbst in seinem Staat durch Leichtsin, Verkehrtheit und durch Rancüne gegen Einzelne um die Frucht der schönsten Siege zu bringen. Süddeutsche Blätter sagen uns, daß der Ministerpräsident von Preußen dieser Mann sei. Wir glauben ihnen nicht.

Aber es ist allerdings für niemand leicht, seine Handlungsweise, soweit sie die letzten Entschlüsse der preußischen Regierung darstellt, zu begreifen. Und doch ist, bevor man Liebe oder Abneigung ausspricht, nöthig, Gedanken und Wollen eines Mannes unbefangen und gerecht zu beurtheilen. Und ohne etwas Anderes als die Ansicht eines Einzelnen aus der Ferne aussprechen zu wollen, denken wir uns seine Stellung zu der Frage der Herzogthümer etwa folgendermaßen. Er hatte kein persönliches Interesse für die Befreiung Schleswig-Holsteins; im Gegentheil, die Verbindung der dortigen Patrioten mit den Liberalen und vielleicht persönliche Beziehungen zu Mitgliedern der Gesamtstaatspartei verleiteten ihm die deutsche Opposition in den Herzogthümern als lästige Parteisache der Liberalen. Die Bewegung in Deutschland für den Herzog von Schleswig-Holstein und sein Recht trug nicht dazu bei, ihn der Angelegenheit geneigt zu machen, und zufällige persönliche Eindrücke haben bei seinem Wesen — wie es scheint — ungewöhnlich großen Einfluß auf sein Urtheil. Als nun die Verhandlungen am Bunde, die Haltung der deutschen Cabinete, ja persönliche Auffassungen im preußischen Herrscherhause und nicht zuletzt die Stimmung der Armee eine Betheiligung Preußens unvermeidlich machten, da empfahl seinem elastischen Geist sich diese Frage als eine gute Gelegenheit, durch äußere Erfolge seines Ministeriums die innere Widersetzlichkeit zum Schweigen zu bringen. Was aber auch geschehen mußte, es mußte so geschehen, daß es nicht als Erfolg und Sieg des deutschen Liberalismus erschien, und es mußte so geschehen, daß es die

Majorität des Bundes, welche unter dem Einfluß der Tagesstimmungen mit dem Liberalismus handelte, bei Seite schob. Es war dazu allerdings nöthig, mit dem alten Gegner Oestreich in näheres Verhältniß zu treten; denn für Preußen allein erschien solche Action unmöglich, wenn sie Oestreich Gelegenheit gab, entweder mit der Majorität des Bundes, oder gar mit dem Ausland gegen Preußen zu conspiriren. So wurde der Pact mit Oestreich geschlossen, und in dem Wesen des Grafen Rechberg war vieles, was der Aufforderung des preußischen Ministerpräsidenten entsprach. Die Action wurde beschlossen. Es kam Herrn von Bismarck damals mehr darauf an, daß die preußischen Truppen einrückten, den Bund und das preußische Abgeordnetenhaus überanrannten, als auf das letzte Ziel der Expedition. Denn auch die Personalunion zu erhalten, lag ihm schwerlich am Herzen. Seine Berechnung erwies sich nur theilweise als richtig. Der Widerstand der Dänen, der ausbrechende Krieg, das vergossene Blut, die Umwandlungen der Stimmung in der Armee, und die patriotische Wärme in Preußen selbst gaben dem Kriege während des Kampfes höhere Zielpunkte, auch in den höchsten militärischen Kreisen Preußens brach sich die Ueberzeugung Bahn, daß die Herzogthümer nicht bei Dänemark bleiben dürften. Die Dänen thaten redlich das Ihre, die Personalunion unmöglich zu machen. Herr v. Bismarck ließ sie ohne Bedauern fallen. Er war aber durch die Ereignisse soweit gebracht worden, für das zu arbeiten, was seine Gegner seit vorigem Herbst geräuschvoll gefordert hatten. Mannigfach mögen die Pläne gewesen sein, welche er über die Zukunft der Herzogthümer faßte, auf die Agitation für den Anschluß an Preußen folgte die rücksichtsvolle Behandlung der Gedanken des Großherzogs von Oldenburg, und wohl noch andere Projecte für eine Machtvergrößerung seines Staates. Der stille Widerstand Oestreichs und Frankreichs zwang immer wieder zur Vorsicht. Aber Eines blieb ihm fest, daß die Angelegenheit nicht mit einem Siege der liberalen Stimmungen und nicht mit einem Erfolge der Bundesmajorität enden dürfe. Die Bundesexecutionspartei hatte — nicht nur ihm — mehrfache Veranlassung zu Aerger gegeben, und in den Herzogthümern fand er nur eine ihm persönlich nahe stehende Fraction, die dortigen Junker des Gesamtstaats. Aus diesen Gründen, die man wohl gemüthliche nennen darf, wurde seit Beginn der Friedensverhandlungen für ihn wichtig, dem Bunde und den Herzogthümern zu zeigen, daß er die Constituirung eines liberalen Staates zwischen Nord- und Ostsee verhindern werde. Der Herzog von Schleswig-Holstein erwies sich in der vielbesprochenen Unterredung in Betreff der Landesverfassung nicht gefügig — soweit ein Urtheil aus den widersprechenden Tagesnotizen über diese Unterredung erlaubt ist — und Herr v. Bismarck war entschlossen, ohne oder gegen ihn in den Herzogthümern das zu versuchen, was er jetzt noch für einen Sieg seiner Sache hielt. Man thut dem Ministerpräsidenten wohl nicht Unrecht.

wenn man annimmt, daß es ihm im Grunde wenig auf die Paragraphen einer Verfassung ankommt, welche in vielen Hauptsachen weniger unbequem für eine eigenwillige Regierung ist, als die preußische, und welche, für ganz andere Verhältnisse gegeben, als die des neuen Staates sind, ohnedies auf verfassungsmäßigem Wege eine gründliche Revision erfahren würde. Aber sie soll geändert werden nicht durch den Herzog und das Volk, sondern unter dem Einfluß der Großmächte, zunächst also Preußens. Wird dann der Herzog von Augustenburg unvermeidlich, so wird er wenigstens unter Bedingungen eingesetzt, welche Preußen dictirt. Unterdeß wird das Land so lange als möglich im Besiß gehalten, es sind wohl noch andere Eventualitäten möglich.

So erscheint aus der Ferne die Politik des Ministerpräsidenten. Es ist klar, daß sie auch vom Standpunkt seiner Partei gewichtigen Einwürfen ausgesetzt ist. Zunächst ist die Verfassung von Schleswig-Holstein zwar für die Herzogthümer selbst eine ernste Sache, für Deutschland und Preußen aber nicht von großer Wichtigkeit. Es ist für die Regierung Preußens nicht praktisch, sich auf eine Angelegenheit von untergeordnetem Interesse zu steifen, deshalb unnöthiges Odium auf sich zu laden und sich in jedem Augenblick einer kleinen Perfidie Oestreichs oder gar den Einreden des Auslandes zu exponiren und zuletzt seinen Willen doch nicht durchzusetzen. Und ferner, wie kann man eine dem Lande aufgedrungene Verfassung assureiren? Will man wieder Truppen einrücken lassen einzelner Paragraphen willen, die später das Volk im Einverständniß mit seinem Fürsten abzuändern beschließt? Das würde doch eine gar zu ruhmlose und klägliche Expedition werden.

Wenn es sich wirklich um die Sache selbst handelte und um einzelne mißliebige Paragraphen, so würde man sehr ruhig dem Egoismus der Gutsherren und der zähen Bauern von Holstein vertrauen können. Sie sind in mancher Rücksicht conservativer als Herr v. Bismarck selbst.

Uns scheint vielmehr, daß der conservativen Partei in Preußen, wie die Karten jetzt liegen, kein besseres Spiel bleibt, als kurz und rund abzuschließen sich die Herzogthümer von Herzen zu verpflichten und sowohl die Deutschen als das Ausland zu dem Bekenntniß zu nöthigen, daß die conservative Regierung Preußens etwas Großes auf große Weise durchgesetzt hat.

Wenn dies nicht geschieht, so wird ein Fehler begangen. Die Angelegenheit wird gegen die Pläne des Herrn v. Bismarck zuletzt doch noch beendet werden, und von den falschen Schritten werden wir Liberale den Nutzen haben. Den Nutzen für uns wünschen wir, aber nicht den Schaden für Preußen.